

Intesa: Russland-Sanktionen kosteten Deutschland 500.000 Jobs

[Deutsche Wirtschafts Nachrichten](#) | 17.07.17 – Im Gespräch mit den Deutschen Wirtschafts Nachrichten analysiert Antonio Fallico, Präsident der Banca Intesa in Moskau, die Sanktionen gegen Russland und beschreibt das Potential der von China entwickelten „Neuen Seidenstraße“.



Der russische Präsident Wladimir Putin und der EU-Präsident Jean-Claude Juncker am 08.07.2017 in Hamburg am Rande des G20-Gipfels

Für Antonio Fallico, den Präsidenten der Banca Intesa in Moskau und Vorsitzenden der Vereinigung „Conoscere Eurasia“, treffen die Sanktionen gegen Russland die Länder der EU weitaus härter als die russische Föderation. Am stärksten betroffen seien Deutschland und Italien, die als Folge der Sanktionen nicht weniger als eine dreiviertel Million [Arbeitsplätze](#) verloren hätten. Sollten sich die beiden Lager dauerhaft entfremden, drohe ihnen zudem die weltpolitische Marginalisierung. Fallico hat mit dem Eurasischen Wirtschaftsforum in Verona eine Plattform geschaffen, die helfen soll, die Potentiale einer verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa zu heben.

Im Gespräch mit den Deutschen Wirtschafts Nachrichten analysiert er vor diesem Hintergrund die Sanktionen gegen Russland und beschreibt das Potential der von China entwickelten „Neuen Seidenstraße“.



Antonio Fallico

Deutsche Wirtschaft Nachrichten: *Wie wirken sich die Wirtschaftssanktionen gegen Russland hier in Russland aus ?*

Antonio Fallico: Es ist schwierig, den Schaden genau zu beziffern. Es deutet aber einiges darauf hin, dass die Folgen der Sanktionen in Russland überschaubar bleiben. Nach einer Schätzung der UNO hat Russland durch die Sanktionen 50 bis 52 Milliarden Euro eingebüßt. Ich habe mir russische Berechnungen für das Jahr 2015 – in dem das Bruttoinlandsprodukt um 3, 7 Prozent geschrumpft war – angesehen: Etwa 3 Prozent waren dem niedrigen Ölpreis zuzuschreiben, 0, 5 Prozent den Sanktionen. Ohne all dies wäre die Wirtschaftsleistung um 0, 2 Prozent zurückgegangen. Ich denke also, dass der Ölpreis für die russische Wirtschaft der entscheidende Faktor ist.

Die Länder, welche die Sanktionen verhängt haben, scheinen hingegen stärker unter diesen Sanktionen zu leiden. Bei ihnen betragen die Verluste etwa 100 Milliarden Euro. Hinzu kommt der Verlust an Arbeitsplätzen. Ich gehe davon aus, dass in Deutschland nicht weniger als 500.000 Arbeitsplätze infolge der Sanktionen verloren gegangen sind. In Italien sind es etwa 250.000 bis 300. 000. Dass gerade Deutschland so stark betroffen ist, liegt daran, dass die deutsche und die russische Wirtschaft stark

miteinander verflochten waren und noch sind. So sind in Russland über 5.000 deutsche Firmen vertreten. Zum Vergleich: Aus Italien sind es etwa 300.

Einzelne russische Industriezweige sind von den Sanktionen betroffen, auch und vor allem, weil es schwierig geworden ist, verschiedene Projekte zu finanzieren. Aber viel wichtiger ist noch ein anderer Faktor: Das Vertrauen. Nehmen wir beispielsweise die Mode. Die ist von den Sanktionen gar nicht betroffen. Trotzdem überlegen es sich russische Firmen sehr genau, bevor sie Geschäfte mit Partnern aus Ländern machen, welche die Sanktionen verhängt haben. Sie sind nicht sicher, ob nicht doch noch Wolken am Horizont auftauchen. Sie bedenken politische Risiken mit, die eine immer größere Rolle spielen. Das Ergebnis ist, dass sie sich oft nach anderen Produzenten und Zulieferern umsehen, die ihnen vielleicht nicht die gleiche Qualität bieten können, politisch aber verlässlicher sind. Das ist eine indirekte Folge der Wirtschaftssanktionen, und zwar eine gravierende.

Die russische Wirtschaft hat sich den neuen Verhältnissen arrangieren können, dank einer Anpassungsfähigkeit, die sie seit Jahrzehnten entwickelt hat. Für die einzelnen Industriezweige kann ich Ihnen keine genauen Daten nennen. Was die Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie anbelangt, ist der Erfolg allerdings offensichtlich. Diese Bereiche haben sich auch während der Krise positiv entwickelt. Zudem haben die Sanktionen langfristige Entwicklungsprogramme angestoßen, etwa in der Grundlagenforschung oder im Bildungsbereich. Die Ergebnisse werden im Verlauf der nächsten Jahre sichtbar werden.

Deutsche Wirtschaft Nachrichten: *Wie könnten sich die Sanktionen auf den Finanzbereich, die Gewichtungen der verschiedenen Währungen in der Welt und die Bezahlssysteme auswirken ?*

Antonio Fallico: Nach der Aufhebung des Goldstandards im Jahr 1971 haben sich der Präsident der Vereinigten Staaten Richard Nixon, Saudi-Arabien und die Länder der OPEC darauf verständigt, Öl nur gegen amerikanische Dollar zu handeln. Mit anderen Worten, das Öl ersetzte das Gold, um den Wert des Dollars abzusichern. Russland ist der größte Produzent und Exporteur fossiler Energieträger, insofern ist der Gebrauch des Dollars selbstverständlich. Russland folgt hier einer globalen Praxis.

Aber beim Handel mit anderen Ländern ist der Gebrauch anderer Währungen nicht nur möglich, sondern auch gebräuchlich. Die hauptsächlichen Handelspartner Russlands befinden sich in Europa und in Asien. Folglich wird der Gebrauch beispielsweise des Euro und des chinesischen Yuan zunehmen, die übrigens, so wie der Dollar, auch Reservewährungen sind. Der Prozess einer verstärkten Integration in Eurasien, im Rahmen der Eurasischen Wirtschaftsunion und das chinesische Projekt OBOR (One Belt, One Road) könnten diese Tendenz verstärken. Auch die rasante Entwicklung der digitalen Ökonomie und der zunehmende Gebrauch von Kryptowährungen können teilweise beim Austausch von Gütern und Dienstleistungen eine Rolle spielen.

Die Vorherrschaft des Dollars ist zu einem großen Teil auf die Kräfteverhältnisse nach dem Zweiten Weltkrieg und der anschließenden Konfrontation zwischen dem westlichen und dem östlichen Block zurückzuführen. Die Vereinigten Staaten waren der hauptsächliche Gläubiger sowie die stärkste Wirtschafts- und Militärmacht. Es war also nur natürlich, dass der Dollar zur hauptsächlichen Reserve- und Verrechnungswährung wurde.

währung im internationalen Handel wurde. Auch heute noch werden 40 Prozent der weltweiten Schulden in Dollar ausgewiesen und die Nachfrage nach dem Dollar bleibt hoch. Aber es wäre falsch, die Nominierung der Schulden mit Macht zu verwechseln. Schon heute bestehen 20 Prozent der Währungsreserven der Zentralbanken der Welt aus Euro, einer im Vergleich zum Dollar äußerst jungen Währung. Im letzten Jahr hat der Internationale Währungsfonds den Yuan als Reservewährung zugelassen. Da China in Zukunft die größte Volkswirtschaft sein wird, wird die Bedeutung des Yuan weiter zunehmen. Die Welt wird multipolar und gleichzeitig werden verschiedene Regionen in diesen Prozess integriert. Die einzelnen Länder werden ihre Volkswirtschaften diversifizieren müssen und sie werden – um ihre wirtschaftlichen Interessen zu schützen – ihre Zahlungen in unterschiedlichen Währungen leisten müssen. Wie die Krise aus dem Jahr 2008 gezeigt hat, die sich von den Vereinigten Staaten ausgehend über die ganze Welt verbreitet hat, ist der Dollar nicht nur eine universell anerkannte Währung, sondern er kann unter gewissen Umständen auch zu einem „Virus für die Weltwirtschaft“ werden.

Kommen wir zu dem Bezahlsystem SWIFT. Heutzutage ist es das am weiteste verbreitete, elektronische System, dessen sich die Banken bedienen, um Informationen auszutauschen und Zahlungen zu leisten. Es ist in die automatisierten Systeme der Banken integriert und es ist Teil der automatisierten Datenverarbeitung. Im Jahr 2014 hat die russische Zentralbank ein eigenes System entwickelt und eingeführt, dass nun innerhalb des Landes zur Datenübermittlung im SWIFT-Format verwendet werden kann. Es genügt höchsten Sicherheitsstandards und kann auch unabhängig von dem internationalen System SWIFT funktionieren. Darüber hinaus erleben wir die Entwicklung digitaler Technologien, unter ihnen Blockchain-Technologien, die zu einer Alternative zu dem Bezahlsystem SWIFT werden – oder dieses gar ersetzen – könnten.

Deutsche Wirtschaft Nachrichten: *Was ist Ihre persönliche Meinung zu den Sanktionen ?*

Antonio Fallico: Die westliche Narrative von den politischen Entwicklungen, die zu den Sanktionen geführt haben, überzeugt mich nicht. Zumal die Ausdehnung der Nato nach Osten und der Regimewechsel in Kiew darin keine Rolle zu spielen scheinen. Der Abschuss des Verkehrsflugzeuges MH 017 beispielsweise ist bis heute nicht aufgeklärt – auch wenn die meisten westlichen Medien etwas anderes suggerieren wollen. Sind die Sanktionen nun eine Reaktion des Westens auf russisches Verhalten ? Oder suchte man nach einem Vorwand, um Sanktionen verhängen zu können ? Fest steht, dass so ein Keil quer durch Europa getrieben wird. Zum Schaden aller Europäer.

Deutsche Wirtschaft Nachrichten: *Führen die Sanktionen gegen Russland zu einer Annäherung zwischen Russland und China ?*

Antonio Fallico: Der russisch-chinesische Dialog entwickelt sich seit über zwanzig Jahren – aus sich selbst heraus und unabhängig von den Sanktionen. Denken Sie daran, dass die beiden Länder eine gemeinsame Grenze von über 4.000 Kilometern haben.

Allerdings dürften die Sanktionen Moskau und Peking deutlich gemacht haben, wie brüchig ihre Beziehungen zum Westen sind: Der Westen kann Sanktionen verhängen – auch wenn sie den eigenen Interessen schaden – wenn ihm irgendetwas nicht passt.

Um also ihre Positionen zu stärken, haben sich China und Russland einander angenähert. Es ist klar, dass es dabei auch immer wieder zu Interessenskonflikten kommt, die auszudiskutieren nicht immer einfach ist. Allerdings verlieren beide dabei nie die Notwendigkeit aus den Augen, zu positiven Ergebnissen zu kommen. Nicht zuletzt, um sich den Rücken freizuhalten und der westlichen Allianz gegenüber besser zu positionieren. Ich denke, dass die Urheber der Sanktionen das nicht vorhergesehen haben.

Bedenken Sie auch, dass sich für China die strategische Lage geändert hat. Jetzt hat es an seiner Nordgrenze kein feindliches Land mehr, sondern einen Partner, der über für China wichtige Ressourcen verfügt. Wäre es ohne die westlichen Sanktionen anders gelaufen? Das weiß ich nicht. Russland hat sich mit China einen alternativen Absatzmarkt für seine hauptsächlich Exportgüter geöffnet: Öl, Gas und andere Rohstoffe. Das wäre wohl früher oder später ohnehin passiert, aber die Sanktionen mögen den Prozess beschleunigt haben.

Denken Sie beispielsweise daran, wie auf politischer Ebene versucht wird, das Projekt einer zweiten Gaspipeline durch die Ostsee, die Nordstream- 2, zu hintertreiben.

Hinzu kommt – und dies ist überraschend – dass Russland nun auch Agrarprodukte ausführt. Auch sind die Chinesen inzwischen – dies nur ein Detail am Rande – ganz wild auf russisches Speiseeis.

Deutsche Wirtschaft Nachrichten: *Welches Potential steckt in dem chinesischen Projekt der „Neuen Seidenstraße“ oder OBOR („One Belt – One Road“)?*

Antonio Fallico: Das Potential ist enorm. Die nicht-kommerzielle Vereinigung „Conoscere Eurasia“, organisiert seit zehn Jahren mit Unterstützung der Bankengruppe Intesa Sanpaolo in Verona das eurasiatische Forum <http://www.forumverona.com/it/>. Im letzten Jahr hat die Rechercheabteilung der Intesa Bank die Neue Seidenstraße unter die Lupe genommen. Zu welchen Ergebnissen ist sie gekommen?

Für die Chinesen handelt es sich bei OBOR um ein langfristiges Projekt, mit dem geopolitische Probleme angegangen und nationale wirtschaftliche Ungleichgewichte ausgeglichen werden sollen. Über Investitionen in die Infrastruktur der Länder, die sich entlang der alten Seidenstraße befinden, wird ein neuer Wirtschaftsraum erschlossen – in einer Welt, die dabei ist, multipolar zu werden. Russland begegnete diesem Vorhaben zunächst mit einem gewissen Misstrauen, betrachtete es als potentielle Konkurrenz um Einfluss im postsowjetischen Raum. Aber vor dem Hintergrund eines wachsenden Warenaustauschs mit China und der Entwicklung der Eurasischen Wirtschaftsunion erkennt Russland die Vorteile, die es einbringt, an diesem Prozess gestaltend mitzuwirken – auch, um nicht außen vor zu bleiben. Das Projekt entwickelt sich also weiter, von einer rein chinesischen Idee in etwas, das es allen interessierten Ländern erlaubt, die neuen Möglichkeiten zu nutzen, sich einigen Projekten anzuschließen und andere auf nationaler Ebene weiterzuentwickeln und auf diese Weise auch lokal Mehrwert zu generieren.

Deutsche Wirtschaft Nachrichten: *Wird die Geburt dieser multipolaren Weltordnung friedlich verlaufen ?*

Antonio Fallico: Das hoffe ich sehr, auch wenn sich in einigen Weltregionen immer stärkere Spannungen aufbauen, die kaum aufzulösen sind. Sehen Sie sich den Mittleren Osten und Nordafrika an.

Die Finanzkrise des Jahres 2008 hat das Ende eines Wirtschaftsmodells eingeläutet, das wir einen globalen Wirtschaftsliberalismus nennen können. Damit will ich nicht sagen, dass es den nicht mehr gibt. Ich will aber sagen, dass er nicht mehr so funktioniert wie früher, dass er sein Entwicklungspotential erschöpft hat. Das führt zu wirtschaftlichen und geopolitischen Krisen, zu Auseinandersetzungen zwischen dem Alten, das nicht gehen will, und dem Neuen, das gerade entsteht und von dem wir noch nicht sagen können, welche Form es annehmen wird. Eins allerdings ist sicher: Die Welt wird multipolar sein, mit verschiedenen Epizentren der Macht. Die unipolare Welt hat nicht richtig funktioniert. Vielleicht kann ja nichts ohne Konkurrenz funktionieren. Wird die multipolare Welt sicherer sein? Das weiß ich nicht. Ich denke, sie wird weniger vorhersehbar sein, chaotischer. Aber vielleicht wird es in ihr gerechter zugehen.

Sehen Sie sich die Entwicklung einiger internationaler Organisationen wie den BRICS und der Shanghai Cooperation Organisation an. Erstere wird von ihren Kritikern oft als ein künstliches Gebilde betrachtet. Trotzdem entwickelt sie sich weiter, schlägt Programme vor und findet Wege, diese zu finanzieren. Ich möchte auch betonen, dass sie ein wichtiges Gesprächsforum darstellt und in Zukunft mit dem G7 vergleichbar sein könnte, der seinerseits an Einfluss verliert.

Die Entwicklung der Shanghai Cooperation Organisation oder SCO ist noch bedeutender. Den Gründungsländern – Russland, China und einige ehemalige Sowjetrepubliken – haben sich nun zwei Schwergewichte aus Südasien angeschlossen: Indien und Pakistan. Sicherlich wird diese Organisation schwer zu leiten sein. Gleichzeitig wird sie aber eine Diskussionsplattform darstellen, über die strittige Fragen geklärt und gemeinsame Entscheidungen gefällt werden können von Ländern, die sich sonst als Rivalen verstanden hätten. Da auch zahlreiche andere wichtige Länder im Warteraum der SCO Platz genommen haben, denke ich, dass diese Organisation in naher Zukunft eine der einflussreichsten in einer zunehmend multipolaren Welt sein wird.

Deutsche Wirtschaft Nachrichten: *Wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund die Beziehungen zwischen Russland und Westeuropa ?*

Antonio Fallico: Objektiv betrachtet müssen sich Westeuropa und Russland gut verstehen. Wenn nicht, werden sie beide an den Rand des Weltgeschehens gedrängt. Der aktuelle Zustand ihrer Beziehungen ist für keine der beiden Seiten hinnehmbar. Er entspricht nicht ihren Interessen und wird von irrationalen Reflexen bestimmt. Ich weiß, dass viele im Westen das anders sehen, aber ich möchte mir erlauben zu sagen, dass die nicht gut informiert sind.

Das heißt nicht, dass die transatlantischen Verbindungen Europas verschwinden werden oder verschwinden sollten. Ebenso wenig wird Russland das wirtschaftlich und strategisch bedeutende Asien aus den Augen verlieren. Aber beide, Westeuropa und

Russland, gehören einem gemeinsamen Kulturraum an, und es ist unsere Kultur, die unser Denken bestimmt, wie wir uns selbst wahrnehmen, wie wir uns dem Leben stellen. Auch dürfen wir die Geographie nicht vergessen, die für viele Aspekte entscheidend ist. Ich denke, dass für eine friedliche Welt und das Wohlergehen der Völker ein großes Eurasien nötig ist, in dem jedes Land und jedes Volk seinen Platz einnehmen kann, ohne sich selbst aufgeben zu müssen.

Sie glauben nicht, dass das realistisch ist ? Heute vielleicht nicht. Aber die Geschichte der Menschheit besteht aus Jahren, Jahrzehnten und Jahrhunderten. Ich bin optimistisch.

Antonio Fallico ist seit 2012 Präsident der Banca Intesa – der russischen Tochter der italienischen Intesa Sanpaolo Group. Von 2004 bis 2008 war er Präsident des italienischen Unternehmerverbandes GIM-Unimpresa – sei 2013 Association Confindustria Russia – , der etwa 150 italienische Firmen in Russland vertritt. Seit 2012 ist er Vorsitzender des Aufsichtsrats des ersten russisch-italienischen Private Equity Fonds MIR Capital. Antonio Fallico ist zudem Vorsitzender der non-profit Organisation „Conoscere Eurasia“, die seit 2007 das jährlich in Verona stattfindende Forum Eurasiatico organisiert.

Neue US-Sanktionen gegen Russland gefährden Energie-Sicherheit in Europa

[Deutsche Wirtschafts Nachrichten](#) | 20.07.2017 – Die vom Senat geplanten, neuen US-Sanktionen gegen Russland gefährden die Energie-Sicherheit in Europa.

Energieunternehmen schlagen Alarm wegen möglicher Folgen der von den USA geplanten Russland-Sanktionen für die Öl- und Gasversorgung. „Sollten die Sanktionen tatsächlich so kommen, hätte das eklatante Auswirkungen auf die gesamte Öl- und Gasversorgung. Erfasst sind nach bisherigem Stand alle Pipelines, die Öl oder Gas aus Russland exportieren. Die Folgen reichen also von China bis Westeuropa“, sagte Matthias Warnig, Chef der Pipelineentwicklungsgesellschaft Nord Stream 2, dem Handelsblatt.

Der Chef des österreichischen Energiekonzerns OMV, Rainer Seele, sagte der Zeitung, es sei im Interesse Europas, die Versorgungssicherheit eigenständig zu gewährleisten. Statt die Lieferungen aus Russland zu gefährden, müsse sogar mehr Gas aus Russland nach Europa kommen. „Aus europäischer Sicht sind zusätzliche Erdgasmengen aus Russland notwendig, da die eigene Produktion deutlich zurückgeht“, sagte Seele. Der OMV-Chef wirbt in diesem Zusammenhang für das Projekt Nord Stream 2, das die Kapazität der bestehenden Ostseepipeline verdoppeln soll. Das bringe zusätzliche Versorgungssicherheit und garantiere den europäischen Kunden attraktive Konditionen, sagte Seele. OMV ist an der Finanzierung von Nord Stream 2 beteiligt.



John McCain will neue Sanktionen gegen Russland

Auslöser der Kritik sind laut „Handelsblatt“ die kürzlich vom US-Senat beschlossenen Sanktionen gegen Russland. Demnach sollen sämtliche Unternehmen mit Sanktionen belegt werde, die dabei helfen, russische Gas- und Ölpipelines zu bauen, zu betreiben oder auch nur zu warten. Die Unternehmen sollten so gezwungen werden, ihre Russland-Aktivitäten einzustellen. Die Maßnahme treffe damit gleichzeitig Europa, weil sie die Versorgung mit russischem Gas und Öl empfindlich stören könnte. Das US-Repräsentantenhaus muss den Plänen noch zustimmen.

Im Juni hatten Bundesaußenminister Sigmar Gabriel und Österreichs Bundeskanzler Christian Kern die neuen US-Sanktionen gegen Russland kritisiert. „In bemerkenswerter Offenheit beschreibt der US-Gesetzentwurf, worum es eigentlich geht: um den Verkauf amerikanischen Flüssiggases und die Verdrängung russischer Erdgaslieferungen vom europäischen Markt“, kritisieren die beiden Sozialdemokraten. Ziel sei es, Arbeitsplätze in der Erdgas- und Erdölindustrie der USA zu sichern.